

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, Edgar Naujok, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/1506 –**

**Fortsetzung der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit der
Dominikanischen Republik – Wirtschaftsförderung und Migrationskontrolle
im karibischen Raum**

A. Problem

Die Antragsteller stellen fest, dass das Ende der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit der Dominikanischen Republik trotz vielfältiger, enger und vor allem freundschaftlich zu bewertender Beziehungen beschlossen worden sei.

Die Dominikanische Republik erfahre gegenwärtig illegale massenhafte Migrationsbewegungen aus dem Nachbarstaat Haiti, die für die Dominikanische Republik zunehmend ein veritables Problem darstellen würden. Der dortige Präsident Luis Abinader hätte sich mit einem Hilferuf um Unterstützung insbesondere an die USA, Kanada und die EU gerichtet. Gleichzeitig habe die Regierung der Dominikanischen Republik deutlich striktere Maßnahmen bezüglich der Einwanderung aus Haiti angekündigt; so seien Visa-Programme für haitianische Studenten sofort und für unbestimmte Zeit ausgesetzt worden.

Die internationale Bekämpfung illegaler Migration liege, nach Auffassung der Antragsteller, ausdrücklich im Interesse Deutschlands und erfordere eine Solidarisierung mit gleichgesinnten Partnern im Wege einer internationalen Kooperation.

Die Fortsetzung der bilateralen staatlichen EZ mit der Dominikanischen Republik unter diesem Vorzeichen wäre, so die Antragsteller, eine geeignete Möglichkeit mit Vorbildcharakter, um eine neue und interessensgerechte Art der deutschen EZ zu etablieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/1506 abzulehnen.

Berlin, den 6. Juli 2022

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Stellv. Vorsitzender

Sanae Abdi
Berichterstatterin

Thomas Rachel
Berichterstatter

Ulle Schauws
Berichterstatterin

Till Mansmann
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Cornelia Möhring
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sanae Abdi, Thomas Rachel, Ulle Schauws, Till Mansmann, Dietmar Friedhoff und Cornelia Möhring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/1506** in seiner 31. Sitzung am 28. April 2022 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, unverzüglich mit der Regierung der Dominikanischen Republik in Konsultationen zu treten, um die bilaterale staatliche EZ fortsetzen zu können, damit möglichst zeitnah Regierungsverhandlungen begonnen werden könnten, um entsprechende Abkommen über die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) und Technische Zusammenarbeit (TZ) zu schließen.

Dabei solle die Bundesregierung zwei Schwerpunkte der bilateralen Zusammenarbeit umsetzen: 1. die technische, personelle und finanzielle Unterstützung der Dominikanischen Republik bei der Bekämpfung der illegalen Migration aus der Republik Haiti und 2. eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die Antragsteller fordern eine Überprüfung, ob noch laufende Vorhaben und Maßnahmen in der Dominikanischen Republik und Regionalprogramme im karibischen Raum zur Migrationskontrolle umgesteuert oder reprogrammiert werden könnten.

Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, im Rahmen der Europäischen Union (EU) und der Vereinten Nationen (VN) dem Unterstützungsgesuch des dominikanischen Präsidenten politisch Nachdruck zu verleihen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/1506 in seiner 16. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/1506 in seiner 14. Sitzung am 11. Mai 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/1506 in seiner 16. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 14. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** stellt dar, dass man die Situation in der Dominikanischen Republik nicht losgelöst von der Situation in Haiti sehen könne. Ein Jahr nach dem großen Erdbeben in Haiti wären alle Hilfsorganisationen dort hin gereist und dann wieder abgereist. Das Land sei nach wie vor sehr chaotisch, sehr labil und sehr fragil. Die

Bundesrepublik Deutschland, und auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), hätten immer hervorragende Verbindungen zur Dominikanischen Republik gehabt. Dieses Land habe jetzt um Hilfe gerufen, weil es eine hohe Migration von Haiti in die Dominikanische Republik gebe. 500 000 Migranten seien bislang gemeldet, 500 000 Illegale seien zusätzlich im Land, und es komme vermehrt zu Kriminalität, Drogenhandel und Schleppertum. Die gesamte Grenze wäre 360 km lang, und der Präsident der Dominikanischen Republik plane gerade den Bau einer etwa 160 km langen Mauer. Mit dem vorliegenden Antrag verfolge man den Ansatz, dass die Bundesrepublik Deutschland die nicht mehr stattfindenden bilateralen Beziehungen zur Dominikanischen Republik wieder aufnehmen solle, um dem Land in dieser Situation zielführend zu helfen, damit es nicht zu schlimmen Situationen komme. Im Libanon lebten fast drei Millionen Syrer, und auch dort hätte der Präsident um Hilfe gerufen, aber die internationale Gemeinschaft habe dieses Land ziemlich allein gelassen. Man müsse sich fragen, warum man keine bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit mache, um der Dominikanischen Republik zu helfen, ihre Migration zu bewältigen, denn diese Länder brauchten wirklich Hilfe.

Die **Fraktion der SPD** fasst zusammen, dass sich der vorliegende Antrag der Fraktion der AfD mit der Frage der Grenzkontrolle zwischen der Dominikanischen Republik und Haiti befasse. Nach Auffassung der Fraktion der SPD gehe es bei der EZ jedoch darum, den Menschen die Freiheit zu geben, ohne materielle Not, selbstbestimmt und eigenverantwortlich ihr Leben zu gestalten und ihren Kindern eine gute Zukunft zu sichern. Man sehe die Aufgabe der deutschen EZ keinesfalls darin, für ein anderes Land zu entscheiden, ob Migration legal oder illegal sei, und die EZ solle auch auf keinen Fall den Bau einer Mauer unterstützen. Die Fraktion der SPD werde die Arbeit des BMZ dahingehend unterstützen, dass die Dominikanische Republik im Rahmen der regionalen EZ eingebunden werde und bei Projekten in Bezug auf Klimaresilienz und nachhaltige Energieversorgung integriert werde. Man lehne den Antrag der Fraktion der AfD entschieden ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist zunächst darauf, dass es befremdlich sei, die EZ zwischen Deutschland und der Dominikanischen Republik ausschließlich auf die Themen Migration und Migrationskontrolle zu reduzieren. Es gebe im Übrigen durchaus noch EZ mit der Dominikanischen Republik. Das Land komme zwar nicht mehr in der Länderliste vor, aber man unterhalte traditionell intensive Beziehungen, und das setze die aktuelle Bundesregierung fort. Vom Auswärtigen Amt (AA) würden verschiedene Maßnahmen im Bereich der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik mit der Dominikanischen Republik durchgeführt; die multilateralen und nicht-staatlichen Akteure in der Region würden durch Mittel des BMZ weiter unterstützt, und innerhalb der EU, der interamerikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank bringe man sich ebenfalls mit ein. Wenn diese Aktivitäten auch in Zukunft fortgesetzt würden, dann unterstütze das die Fraktion der CDU/CSU, wohingegen man den von der Fraktion der AfD vorgelegten Antrag ablehne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstreicht, dass man auch in dem vorliegenden Antrag der Fraktion der AfD, trotz der schönen Worte, das Kernthema erkennen könne. Dieses sei erneut die Reduzierung der EZ auf die Unterbindung von Migration. Das helfe den Menschen in der Dominikanischen Republik, und auch denen aus Haiti, überhaupt nicht. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertrete die Position, weiterhin den Hohen Flüchtlingskommissar der VN (United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR) oder die Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen, die sich in der Dominikanischen Republik um die Belange von Migrantinnen und Migranten und Asylsuchenden kümmern würden. Es finde tatsächlich eine weitere Zusammenarbeit mit der Dominikanischen Republik statt. Wenn sich die Fraktion der AfD bei der Frage von Migration mit den Ursachen derselben auseinandersetzen würde, dann würde sie merken, dass das alles sehr viel mit dem Thema Klimaschutz zu tun habe. Haiti sei in den letzten zehn Jahren am drittstärksten von Naturkatastrophen betroffen gewesen, und deshalb stelle man die nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen, den Schutz von Biodiversität oder den Klimaschutz ins Zentrum der dortigen Arbeit. Das BMZ und das AA arbeiteten mit Blick auf die Ursachenbekämpfung, vor allem wolle man die Menschen nachhaltig schützen. Die Dominikanische Republik habe selbst massive Emigrationserfahrungen, und so lebten etwa zwei Millionen von den elf Millionen Menschen dauerhaft oder größtenteils in den USA. Das BMZ mache hier eine wichtige Arbeit, und das sollte nicht durch einen solchen Antrag untergraben werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** erklärt, dass in dem Antrag der Fraktion der AfD gefordert werde, die Dominikanische Republik wieder auf die bilaterale Länderliste zu nehmen. Über diese Liste sei sehr viel diskutiert worden, und die nun angepasst vorliegende Liste gebe keine Veranlassung, Veränderungen vorzunehmen. Die in der Dominikanischen Republik existierenden Probleme könnten durchaus auch mit multilateraler Zusammenarbeit bearbeitet und gelöst werden. Entwicklungszusammenarbeit und Migration würden immer wieder in verschiedenen Situati-

onen zusammenkommen, aber man müsse aufpassen, dass diese Aspekte nicht unpassend politisiert und instrumentalisiert würden. Der vorliegende Antrag verfolge eben diese Intention, und deshalb lehne ihn die Fraktion der FDP ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** ergänzt, dass man diesen Antrag ebenfalls ablehne. Es mache zwar durchaus Sinn, die EZ mit der Dominikanischen Republik fortzusetzen, aber die aufgeführten Gründe seien falsch. Es gebe in der Dominikanischen Republik immer noch ein massives Plastikmüllproblem, und an diesem wichtigen Punkt könnte die EZ ansetzen. Die Dominikanische Republik würde als Inselstaat und Einzugsgebiet von Hurrikans außerdem dringend Unterstützung und Zusammenarbeit im Energiesektor brauchen. Hier spiele auch Just Energy Transition, also der sozialökologische Umbau, eine Rolle, und die Fraktion DIE LINKE. würde eine entsprechende EZ hierzu sehr begrüßen.

Berlin, den 6. Juli 2022

Sanae Abdi
Berichterstatlerin

Thomas Rachel
Berichterstatter

Ulle Schauws
Berichterstatlerin

Till Mansmann
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Cornelia Möhring
Berichterstatlerin

